

nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5 Studentischen Wohnraum fördern – flexible Lösungen gemeinsam erarbeiten

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1261

Ich eröffne die Beratung und erteile für die erste der beiden antragstellenden Fraktionen Herrn Kollegen Ott das Wort. Bitte, Herr Kollege Ott.

Jochen Ott (SPD): Danke schön. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mehr günstigen studentischen Wohnraum zu schaffen, aber flexibel auf die Entwicklungen der Zukunft reagieren zu können – das ist die Aufgabe, der sich die Landesregierung stellen muss.

Kurzfristig ist der doppelte Abiturjahrgang zu berücksichtigen. In manchen Teilen des Landes wird das auch langfristig dazu führen, dass mehr junge Menschen, mehr Studenten, Wohnungen brauchen. In anderen Teilen des Landes wird der zusätzliche Wohnraum, den wir kurzfristig brauchen, aufgrund des demografischen Wandels mittelfristig nicht mehr für Studenten benötigt, kann aber vielleicht für andere Gruppen genutzt werden.

Mit dem vorliegenden Antrag möchten wir beide Problemstellungen lösen.

(Vorsitz: Vizepräsident Daniel Düngel)

In NRW gibt es derzeit 49.400 staatlich geförderte Wohnplätze für Studierende. Rund 75 % davon werden von den Studentenwerken bewirtschaftet. Die übrigen werden von privater Seite zur Verfügung gestellt. Aufgrund der gestiegenen Studierendenzahlen ergab sich im Wintersemester 2011/2012 eine durchschnittliche Wohnraumversorgung von 10,6 % der Studierenden. Im Vergleich aller Bundesländer belegt NRW damit einen guten Mittelplatz.

Neun von zehn Studierenden wohnen heute außerhalb der Studentenwohnheime. Steigende Mieten in den Ballungsräumen, insbesondere in unseren Universitätsstandorten, sorgen bereits heute dafür, dass es nur noch wenig bezahlbaren Wohnraum gibt. Die seit einigen Jahren stattfindende Reurbanisierung, also der Trend zum innerstädtischen Wohnen, führt dazu, dass unsere Städte wachsen, was den Wohnungsmarkt zusätzlich unter Druck setzt – nicht nur für die Studierenden, sondern für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen insgesamt.

Deshalb brauchen wir eine moderne, eine neue Wohnraumförderpolitik. Die soziale Wohnraumförderpolitik muss auf ihre Kernaufgaben, nämlich die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für die Bevölkerungsgruppen, die sich nicht ohne Weiteres mit Wohnraum versorgen können, konzentriert werden.

CDU und FDP haben in den Jahren 2009/2010 wertvolle Zeit verloren. Man hat sinnlos Mittel für wenige verschleudert, indem man die Eigenheimförderung aufgepumpt hat, während die Not, eine preiswerte Wohnung zu finden, für viele Menschen in unserem Land immer weiter gestiegen ist.

Die Aufgabe, unter sozialen und stadtentwicklungspolitischen Kriterien Wohnungen zu schaffen, ist in Kooperation zwischen Unternehmen, Studentenwerken und Kommunen wahrzunehmen. Dabei sind gleichzeitig alle geeigneten Modelle zu prüfen.

Zum einen durch die Nutzung des vorhandenen Immobilienbestandes auch des Landes. Hier ist zu prüfen, ob nachhaltiger und flexibler Wohnraum durch Sanierung und Umnutzung für Studierende verfügbar zu machen ist. Gerade in stagnierenden Wohnraumregionen des Landes muss es darum gehen, nicht ausschließlich durch Neubau von Wohnheimplätzen Kapazitäten zu schaffen, die dann nur zeitlich begrenzt abgerufen werden können. Stattdessen ist es geboten, durch die erhöhte Nachfrage von Studierenden auf dem Wohnungsmarkt Impulse für brachliegende Stadtquartiere auszulösen, indem vorhandener Wohnraum saniert und aufgewertet wird und indem gegebenenfalls Studentenwerke ergänzend als Nachfrager auf dem Mietwohnungsmarkt auftreten.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Ott, würden Sie eine Zwischenfrage aus der FDP-Fraktion zulassen?

Jochen Ott (SPD): Wenn die Zeit angehalten wird, ja.

Vizepräsident Daniel Düngel: Aber selbstverständlich. Bitte schön.

Ulrich Alda (FDP): Danke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen, Herr Kollege Ott. – Ich bin selbst Aufsichtsrat in einem mittleren Wohnungsbauunternehmen mit 4.000 bis 5.000 Wohnungen. Meines Wissens sind Sie Aufsichtsratsvorsitzender in einem solchen Unternehmen. Meinen Sie nicht, dass Sie ein bisschen in einen bestimmten Geruch kommen könnten, wenn Sie ausgerechnet dazu einen Antrag stellen und ihn auch kommentieren?

Jochen Ott (SPD): Entschuldigen Sie bitte; ich habe das akustisch nicht verstanden. Würden Sie bitte den letzten Satz wiederholen?

Ulrich Alda (FDP): Ja, ich weiß; die Akustik ist da vorne schlecht. – Sie sind ja Aufsichtsratsvorsitzender eines Wohnungsbauunternehmens.

Jochen Ott (SPD): Eines kommunalen, genau.

Ulrich Alda (FDP): Genau. Ich bin das auch – nicht Vorsitzender, aber Mitglied. Und ich würde mich als Aufsichtsratsmitglied eines kommunalen Unternehmens zu dieser Fragestellung nicht so äußern. – Danke.

Jochen Ott (SPD): Das war jetzt keine Frage, sondern ...

Ulrich Alda (FDP): Ja. Ich musste sie ja wiederholen.

Jochen Ott (SPD): Das tut mir leid.

Ulrich Alda (FDP): Aber Sie haben mich verstanden, wie ich sehe.

Jochen Ott (SPD): Ja, jetzt habe ich Sie verstanden. Es ist ein bisschen schwierig mit der Akustik. – Ich muss ehrlich sagen, dass ich überhaupt nicht nachvollziehen kann, wie Sie da einen Zusammenhang herstellen können; denn ich bin Vertreter des Volkes. Ich bin von den Menschen der Stadt Köln, vertreten durch den Rat der Stadt Köln, gewählt und nehme in dem kommunalen Unternehmen eine wichtige Aufgabe wahr, die mit den grundsätzlichen wohnungspolitischen Rahmengesichtspunkten überhaupt nichts zu tun hat. Im Gegenteil! Vielleicht ist es für Politiker ja ganz gut, wenn sie ein bisschen Ahnung haben, wovon sie reden.

(Minister Guntram Schneider: Sehr gut!)

Zurück zum Thema: Die Landesregierung hat entscheidende Schritte getan. Hochschulministerin Schulze und Bauminister Groschek werden das studentische Wohnen jährlich mit 50 Millionen € aus dem Landeswohnungsbauvermögen fördern.

Wir müssen es allerdings noch hinbekommen, dass die Studentenwerke, die Kommunen und die Investoren, also die Wohnungswirtschaft, gemeinsam noch mehr Verantwortung übernehmen. Deshalb begrüße ich ausdrücklich die Initiativen des Wohnungsbauministers, einen Pakt der Wohnungswirtschaft für Nordrhein-Westfalen zu schließen.

Die Landesregierung hat mit dem Entwurf des Haushalts 2012 bereits stark vorgelegt und eine weitere Erhöhung des allgemeinen Zuschusses um rund 1,4 Millionen € auf insgesamt 39,5 Millionen € eingestellt. Es ist beabsichtigt, die Mittelерhöhung in den Jahren 2011 und 2012 von insgesamt rund 5 Millionen € den Studentenwerken speziell zum

Zweck der Bewältigung der steigenden Studierendenzahlen in den kommenden Jahren zuzuwenden, um insbesondere die kurzfristige Bereitstellung von Wohnraum zu ermöglichen.

Wir lassen die Studentinnen und Studenten in diesem Land nicht zurück. Wir lassen auch die Alleinerziehenden, die Rentner und die Einkommensschwächeren in diesem Land nicht zurück.

Die SPD-Fraktion erwartet von der Landesregierung – das wird hier noch einmal ganz deutlich –, bei dieser zentralen Aufgabe nicht nachzulassen: Flächen vom BLB, Darlehen von der NRW.BANK, Zuschüsse in den Haushalten.

Schließlich geht es um ein schönes Zuhause, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das Wohnen ist der zentrale Punkt der Daseinsvorsorge. Da setzen wir als regierungstragende Fraktion einen deutlichen Schwerpunkt. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Daniel Dünkel: Vielen Dank, Herr Kollege Ott. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schneckenburger.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Meldungen über steigende Studierendenzahlen begleiten uns. Es ist keine neue Erkenntnis, sondern eine Erkenntnis, die man schon länger hat, nämlich dass es eine Entwicklung bei den Studierendenzahlen gibt, die sich natürlich auch auf den Wohnungsmarkt auswirkt.

Allerdings wächst der Druck auf den Wohnungsmarkt nicht nur deswegen. Wenn man sich die Standorte entlang der Rheinschiene ansieht, kann man erkennen, dass in den vergangenen Jahren beträchtliche Mietpreiserhöhungen zu verzeichnen waren. In den vergangenen Jahren ist insbesondere der Druck auf das niedrigpreisige Mietsegment gestiegen.

Warum ist das so? – Ein Grund dafür ist, dass die Wohnungspolitik des Landes in den Jahren 2005 bis 2010 eine eklatante Fehlsteuerung aufweist. Das haben wir gestern auch schon diskutiert. Fast 600 Millionen € sind pro Jahr für den Eigenheimbau aufgewendet worden – unter Nichtbeachtung der Tatsache, dass dringend sozial gebundener Mietwohnraum benötigt wird, um eine dämpfende Wirkung auf den Mietwohnungsmarkt auszulösen.

Sie, CDU und FDP, haben als ehemalige Landesregierung in diesen Jahren für den Wohnungsmarkt nicht so vorgesorgt, wie Sie es konnten. Nun tritt zu diesem schon bestehenden Druck auf das untere Mietpreissegment weiterer Druck durch Studierende hinzu, die nur zu ca. einem Drittel zu Hause wohnen, ansonsten in Studentenwohnheimen oder auf

dem freien Markt unterkommen; und es ist auch gut so, dass sie auf dem freien Markt unterkommen.

Wir tun nun, was nötig ist, um die erforderlichen Entlastungen zu schaffen. Seit 2011 wurde nämlich der allgemeine Zuschuss an die Studentenwerke mit zusätzlichen Mittel von 3,5 Millionen € pro Jahr erhöht. Der Entwurf des Haushaltes 2012 sah eine weitere Erhöhung des allgemeinen Zuschusses um rund 1,4 Millionen € auf insgesamt 39,5, also fast 40 Millionen € vor. Diese insgesamt rund 5 Millionen € dienen speziell der Bewältigung der steigenden Studierendenzahlen in den kommenden Jahren.

Das ist aber nicht das Einzige. Es wird auch eine Umorientierung – das hat der Minister angekündigt – in den Wohnungsbaufördermitteln geben. Die Wohnungsbaufördermittel werden künftig mit einer Fördersumme von insgesamt 50 Millionen € für die Wohnplatzförderung für Studierende zur Verfügung stehen, zusammengefasst in der sozialen Wohnraumförderung des Landes.

Also, die Landesregierung handelt, während Sie in der Vergangenheit vorausschauendes Handeln haben vermissen lassen. Die Umorientierung in der Wohnraumförderung ist bereits mit Beginn der Regierungsübernahme 2010 erfolgt.

Vizepräsident Daniel Düngel: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage vom Kollegen Busen aus der FDP-Fraktion zulassen?

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Immer gerne.

Vizepräsident Daniel Düngel: Bitte schön.

Karlheinz Busen¹⁾ (FDP): Frau Kollegin, können Sie mir sagen, warum es keinen Investor gibt, der Interesse hat, sozialen Wohnungsbau zu errichten?

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Entschuldigung, könnten Sie es bitte wiederholen; wir haben hier wirklich Akustikprobleme.

Karlheinz Busen¹⁾ (FDP): Können Sie mir sagen, warum es kein Interesse von Investoren gibt, im sozialen Wohnungsbau zu investieren.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Ich weiß nicht, woraus Sie ableiten, dass es kein Interesse von Investoren gibt, in sozialen Wohnungsbau zu investieren. Ich habe auch in Gesprächen mit potenziellen Investoren in meiner Heimatstadt eine andere Rückmeldung erhalten. Tatsache ist aber auch – das ist zu Ihrer Regierungszeit noch anders gewesen –, dass es zurzeit ein Marktzinsniveau

gibt, das die Förderkonditionen des sozialen Wohnungsbaus als weniger attraktiv erscheinen lässt, als sie es in der Vergangenheit zu Hochzinszeiten waren. Das ist die Wahrheit.

Natürlich hat man Schwierigkeiten, günstiges Geld an den Markt zu bringen, wenn es privat auch günstig zu haben ist. Insofern wird man darum werben müssen, dass Investoren in dieses Marktsegment hineingehen. Wie gesagt, das Interesse dafür ist durchaus vor Ort – jedenfalls in der Stadt, aus der ich komme – angekündigt worden.

Das heißt: Wir werden uns darum bemühen, dass in diesem Segment mehr investiert wird.

Entscheidend ist aber: Man darf nicht den Fehler machen, Spezialwohnungsbau zu fördern. Das, glaube ich, hätte schwere Auswirkungen für die Zukunft. Wir wissen alle, dass sich die gegenwärtig hohen Studierendenzahlen in zehn Jahren anders entwickeln und wir eine andere Situation haben werden. Darum ist es dringend nötig, die Förderpolitik des Landes beim Wohnraum so auszurichten, dass heute günstiger Wohnraum auch für Studierende zur Verfügung steht, der aber später in anderer Weise genutzt werden kann; denn vor uns liegen wesentliche Herausforderungen, und zwar nicht nur durch das Fehlen günstigen Wohnraums, sondern auch bei der Bewältigung des demografischen Wandels in Nordrhein-Westfalen.

Das heißt: Wohnraum, der heute geschaffen werden muss, muss auch den Anforderungen von morgen gerecht werden. Er muss so gestaltet sein, dass er barrierefrei ist und insofern dem demografischen Wandel Rechnung trägt. Er muss ferner ausgerichtet sein auf eine Stadtentwicklung, die im Quartier stattfindet, auf eine Reparatur von schwierigen Stadtvierteln.

Und da gibt es – um das noch einmal in Richtung des FDP-Kollegen zu sagen – durchaus auch ein Interesse von Privatinvestoren vor Ort, die sagen: Okay, wenn ihr uns jetzt sozusagen helft, dann sind wir auch bereit, in die Modernisierung von Wohnraum zu investieren. Uns sind Studierende als Mieterinnen und Mieter herzlich willkommen. Wir sind auch bereit, in eine lokale Kooperation zu gehen, beispielsweise mit Studentenwerken, was Mietverträge anbelangt.

Ich glaube, das ist insgesamt eine gute Entwicklung, die wir auf den Weg bringen, und sie wird der Situation auf dem Mietwohnungsmarkt und Studierendenwohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen gerecht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion der CDU spricht der Kollege Hausmann.

Wilhelm Hausmann^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag vermengt im Grunde zwei Aspekte. Zum einen wird mit dem Blick auf den doppelten Abiturjahrgang 2013 richtigerweise festgestellt, dass ab dem kommenden Jahr ein größerer Bedarf nach studentischem Wohnraum bestehen wird. Zum anderen wird die grundsätzliche Frage der perspektivischen Entwicklung der Nachfrage nach studentischem Wohnraum aufgeworfen.

Der doppelte Abiturjahrgang 2013 ist aber doch keine Überraschung, sondern seit Jahren bekannt. Selbst im Antrag steht, dass bereits seit 2009 der studentische Wohnungsbestand wieder ausgebaut wird. Also hat bereits die CDU-geführte Landesregierung gehandelt. Der Antrag kommt somit reichlich spät. Das sieht nicht nur die „Rheinische Post“ so.

Außerdem diskutieren wir heute die Thematik, nachdem zwei Landesminister am Montag schon Teile der Debatte in einer Pressekonferenz vorweggenommen haben. Der Landtag ist also hier wie beim Haushalt sozusagen der Nachgang zum Regierungshandeln.

Dort hat Minister Groschek erklärt, dass die zusätzlichen Ausgaben durch Umschichtung finanziert werden sollen. Die Landesregierung spricht von den 50 Millionen € für den studentischen Wohnraum immer so, als würde es sich um zusätzliches Geld handeln. Und das ist nicht richtig. Die Förderung für studentisches Wohnen gibt es bereits seit 2009. Für die Verdoppelung der Förderung in 2013 stehen also bereits 25 Millionen € zur Verfügung.

Die Finanzierung durch Umschichtung wirft natürlich die Frage auf: Wo wird zugunsten der studentischen Wohnraumförderung gekürzt?

Es steht zu befürchten, dass die Eigenheimförderung wieder einmal die Melkkuh sein soll, mit der Folge, dass vor allem kinderreiche Familien mit geringem Einkommen darunter leiden werden. Das stößt auf die strikte Ablehnung der CDU.

(Beifall von der CDU)

Ministerin Schulze hat erklärt, dass der Wohnraum schon im nächsten Herbst bereitstehen wird. Es gäbe ja genügend Planungen in der Schublade. – Wenn die Mittel des Wohnraumförderungsprogramms aber erst im Februar 2013 abgerufen werden können, dann möchte ich bezweifeln, dass die angekündigten Wohnungen im Herbst fertiggestellt sein können.

Daran schließt sich auch der Aspekt der zukünftigen Entwicklung der Nachfrage nach studentischem Wohnraum an. – Auch hier kommt die Regierungsfraktion zu spät. Sie wollen laut Antrag eine perspektivische Bedarfsanalyse für das studentische Wohnen erarbeiten. Das braucht Zeit. Genau diese

Zeit haben wir jetzt nicht. Die Wohnungen müssen schnell her.

Weiter sollen Quartiere mit dem bedarfsgerechten Wohnraum für Studierende aufgewertet werden – das hat meine Vorrednerin gerade gesagt –: nach sogenanntem multifunktionalem Ansatz bei Erfüllung aller möglichen Standards. Also auch hier ist die Zeit nicht nur sehr kurz, sondern Sie wollen auch gleichzeitig noch die Quadratur des Kreises bewerkstelligen.

Ich nehme nur einmal ein Thema heraus. Jüngst ist die DIN 18040 wirksam geworden, also die Veränderung zum barrierefreien und behindertengerechten Wohnen, worauf sich gerade der Wohnungsmarkt und die Bauindustrie einstellen. Alles das wollen Sie hier noch mit hineinbringen, das heißt den Standard für günstiges studentengerechtes Wohnen gleichzeitig mit den Anforderungen nach dieser DIN realisieren, sodass die Wohnungen in Zukunft noch für andere Personengruppen genutzt werden können. Das soll in zwölf Monaten planungsreif und schlüsselfertig auf den Markt gebracht werden. Das allerdings ist unserer Meinung nach so nicht zu schaffen. Dafür sind Sie eindeutig zu spät gestartet.

(Beifall von der CDU)

Dazu kommt, dass das Hoch der Studienanfängerzahlen nicht anhält. Das heißt, die Wohnungswirtschaft erwartet, dass die Zahl im Jahr 2025 um fast 20 % unter dem Höchstwert liegen wird. Die Zahlen sind aus der „Wohnungswirtschaft aktuell“. Investoren müssten also auf die Drittverwendungsfähigkeit, die Sie auch in Ihrem Antrag angesprochen haben, achten und dürften Wohnungen nicht ausschließlich auf die Studierenden hin einrichten, denn die langfristige Abzahlung dieser Wohnungen soll ja sichergestellt sein.

Die Wohnungen sollen günstig liegen und dürfen nicht zu teuer werden. Auch hier die Frage an die Landesregierung: Wie soll das in weniger als zwölf Monaten gelingen? Sie haben zurzeit weder die Grundstücke noch die Kenntnisse, wie lange man braucht, um von der Investitionsentscheidung über den Bauantrag, die Bauvorbereitung zur Fertigstellung einer vermietbaren Wohnung zu kommen.

(Beifall von der CDU)

Die Aufforderung an den BLB, vom Höchstpreisgebot für die Veräußerung von geeigneten Gebäuden und Flächen im Landesbesitz zugunsten der kurz- und mittelfristigen Schaffung von sozial gefördertem Wohnraum abzusehen, ist darüber hinaus haushalterisch schwierig. Wie soll das finanziert werden? Auch hierzu gibt es keine Vorschläge.

(Jochen Ott [SPD]: Was wollen Sie jetzt? Jetzt widersprechen Sie sich!)

Gleiches gilt für die kryptische Forderung 5. An welche Besonderheiten bei der Förderung von studentischem Wohnraum wird gedacht? Welche Landes-

bestimmungen sollen denn hier weiterentwickelt werden?

Meine Damen und Herren, Sie laufen überall herum und versprechen allen Gruppen Wohnraum und Sozialwohnungen. Dabei ist es immer das gleiche Geld, aber es gibt keine Lösungen dafür.

(Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]:
Weil Sie das für etwas anderes ausgegeben haben!)

Ich ziehe folgendes Fazit: Der Antrag kommt zu spät und kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Lösung eines lange bekannten Problems zulasten der künftig Studierenden ausgesessen wurde. Der Antrag ist ein verschlafener Weckruf an den eigenen Minister.

Aus diesem Antrag gewinnen wir zwei Erkenntnisse: Der Antragssteller weiß nicht, was er will, und der Antragsteller weiß nur, dass es seinem eigenen Minister genauso geht. Hier wird die Schlafmütze als Wanderpokal weitergereicht von der Fraktion zum Minister. Dazu herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Hausmann. – Für die FDP-Fraktion hören wir nun den Kollegen Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestern haben wir in der Diskussion positive Ansätze gehört. Sie, Herr Groschek, haben gesagt, es sei ein Sparhaushalt und wir müssten umschichten.

Was aber diese Umschichtung im Einzelnen betrifft – das wurde in der Diskussion deutlich –, nehmen wir die Realität deutlich unterschiedlich wahr.

Ihrer Wahrnehmung der Realität des ländlichen Raumes können wir uns so nicht anschließen. Wir sehen im ländlichen Raum erheblichen Druck, auch Eigenheime, Wohneigentum, egal ob über Genossenschaftsanteile, Eigentumswohnungen oder vielleicht ein Häuschen, zu bauen. Dieser Druck ist berechtigt und ist vorhanden. – Darüber können wir beim nächsten Haushalt sicherlich ausführlicher reden. Wir jedenfalls haben dazu eine andere Wahrnehmung der Realität als Sie.

Meine Damen und Herren, auch bei diesem Antrag „Studentenwohnungen“ geht es letztendlich darum, dass wir Gelder in der Wohnraumförderung umschichten müssten. Woher könnte dieser Ansatz kommen? Dieses Umschichten ist bei Ihnen logischerweise durch Ihre Denkweise in puncto Eigentumsförderung – dazu haben wir eine ganz andere Meinung –, aber sicherlich auch in puncto energetische Sanierung verankert.

Dazu habe ich dann eine Frage. Wenn Rot-Grün in Berlin die Vorlage der Bundesregierung, die energie-

tische Gebäudesanierung mithilfe von Steuern und Abschreibungen zu erleichtern, über den Bundesrat blockiert, hier gleichzeitig Mittel für die energetische Sanierung für die studentische Wohnraumförderung nimmt, ist zu fragen, wie Ihre plakative Darstellung zum Klimaschutz wirklich zu bewerten ist. Ich habe so eine Ahnung: Wenn CDU und FDP hier das gleiche Programm vorgestellt hätten, würde es lauten, dies sei eine Zweckentfremdung von Mitteln zugunsten von Studenten und zulasten einkommensschwacher, kinderreicher Familien.

(Beifall von der FDP)

So würde es gesagt werden.

Richtig ist in Ihrem Antrag, dass wir einen Engpass haben, insbesondere in der Rheinschiene, aber auch in Bielefeld, Aachen und Münster. Die CDU/FDP-Koalition hat damals darauf mit den Mitteln aus dem Konjunkturprogramm, mit 120 Millionen € für Sanierung und Modernisierung, reagiert.

Frau Schneckenburger hat berechtigterweise darauf hingewiesen, dass zwangsläufig experimenteller Wohnungsbau notwendig ist, dass man diese Studentenwohnungen also für eine flexible Verwendung einrichtet – barrierefrei, altengerecht usw. –, um auch die demografische Entwicklung zur berücksichtigen. Das ist schon richtig.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage von Frau Schneckenburger zulassen?

Holger Ellerbrock (FDP): Aber gern.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Herr Abgeordneter Ellerbrock, herzlichen Dank für die Möglichkeit, eine Zwischenfrage stellen zu können. – Ich war seinerzeit nicht im Landtag, aber ich glaube, dass Sie und das Klima nicht immer gute Freunde gewesen sind. Ich meine, mich entsprechend zu erinnern, was klimapolitische Debatten angeht. Deshalb will ich mich auf diesen Punkt, den Sie angesprochen haben, noch einmal beziehen.

Sie sagten, die rot/grün-geführten Länder verweigerten eine Initiative zur steuerlichen Absetzbarkeit der energetischen Modernisierung, die die Bundesregierung in Angriff genommen hat. Tatsächlich ist es so – das wissen wir beide –, dass die Bundesregierung einen Vorschlag gemacht hat, der komplett von den Ländern finanziert werden soll, während die Bundesregierung umgekehrt die Steuereinnahmen aus den Investitionsmaßnahmen vereinnahmen würde.

Sind Sie ebenfalls der Auffassung, dass die energetische Sanierung komplett aus den Länderhaushalten finanziert werden soll? Was schlagen Sie unter diesen Bedingungen vor, um Haushaltskonsolidie-

rung in Nordrhein-Westfalen auf den Weg zu bringen?

Holger Ellerbrock (FDP): Ich habe am Anfang nicht verstanden, wen Sie zu Ihrem Freundeskreis zählen oder nicht.

Ich halte es für richtig, wenn man Investoren Möglichkeiten gibt, energetische Sanierungsmaßnahmen über zehn Jahre abzuschreiben. Das wird von Rot-Grün im Bundesrat blockiert, und das ist schlecht.

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Das ist so falsch und platt, und das wissen Sie auch! Das nutzt dem Wohnungsbau gar nichts!)

– Herr Kollege Ott, ich hatte schon gestern gesagt: Wenn Ihnen niemand zuhört, gehen Sie doch am besten zum Spiegel. Das ist besser. Da stimmen Ihnen die Leute auch zu, hier nicht.

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Ihre Sprüche werden auch nicht besser! Ich bringe Ihnen mal was vorbei! Dann zeige ich Ihnen das!)

Meine Damen und Herren, meine Ausführungen von eben zeigen, dass es ein Versäumnis war, nicht an den ersten richtigen Schritten der CDU/FDP-Koalition anzuknüpfen. Das ist unterblieben.

Der Weg, den Sie mit den Neubauten vorgeben, ist schön und richtig. Das ist vom Grundsatz her ein guter und richtiger Ansatz; darüber müssen wir uns unterhalten. Wäre es aber nicht auch ein wichtiger Ansatz, erst einmal zu versuchen, vorhandene Kapazitäten bei kommunal beeinflussten Wohnungsbauunternehmen zu heben und Wohnraum auch – ich betone – zeitlich befristet zur Verfügung zu stellen? Da würde doch innerhalb kurzer Zeit ein erhebliches Mobilisierungspotenzial zur Verfügung stehen.

Ich bin dem Kollegen Ott ausgesprochen dankbar: Wenn der AStA aus Köln kundtut, es sei nicht zumutbar, rechtsrheinisch zu wohnen oder eine Viertelstunde bis 20 Minuten zu fahren, dann frage ich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Wo leben wir denn? Ein normaler Arbeitnehmer hat täglich eine Anfahrt von 25 bis 30 km.

(Jochen Ott [SPD]: Sehen Sie! Das habe ich gesagt!)

– Herr Kollege, erst zuhören. Ruhig mit dem Puls!

(Jochen Ott [SPD]: Ich bin begeistert, dass Sie mich loben! Fleißkärtchen!)

– Dann schreiben Sie das mal auf, damit ich mir das über den Spiegel hängen kann. Dann freue ich mich morgens schon: Ott lobt Ellerbrock. – So beginnt ein humoristischer Tag.

(Jochen Ott [SPD]: Wenigstens etwas haben Sie verstanden!)

Es ist richtig, zeitlich befristet Wohnraum in kommunal beeinflussten Wohnungsbaugesellschaften zu mobilisieren. Das ist eine vernünftige Sache.

Um einen ganz anderen Punkt ging es dem Kollegen gerade bei der Frage zu privaten Investoren. Ja, wir hören von privaten Investoren, dass der Ausstattungsstandard für den sozialen Wohnungsbau sehr erheblich ist. Das führt manchmal zu Fragen: Wieso ist das im sozialen Wohnungsbau so – Aufzug zweiter Stock usw. –, wenn ich selbst für mich nicht so baue? Für die großen Gesellschaften ist der bürokratische Aufwand handelbar, aber der kleine private Investor ist damit relativ schnell überfordert. Auch darüber sollten wir uns Gedanken machen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren: Erstens. Das Problem besteht. Zweitens. Der Antrag schildert es relativ sachlich. Drittens. Wir stellen fest, die ersten richtigen Schritte von Schwarz-Gelb sind nicht fortgeführt worden. Dies ist ein Schritt, es gibt auch noch andere Schritte. Ich habe das Beispiel „Kapazitäten nutzen und heben“ genannt. Jetzt muss gehandelt werden.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Holger Ellerbrock (FDP): Die Kapazitätshebung ist das Entscheidende. – Schönen Dank. Das war's.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Piratenfraktion spricht nun der Kollege Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Verehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und an den stationären und mobilen Endgeräten! Ein Studium in unserem schönen Land Nordrhein-Westfalen zu starten, bedeutet für viele Studierende einen Schritt in einen neuen Lebensabschnitt. Immer mehr junge Menschen entscheiden sich für ein Studium in Nordrhein-Westfalen, und das ist gut so.

Im Monitoringbericht der Landesregierung zum doppelten Abiturjahrgang wurde die Lage bei der Bereitstellung des studentischen Wohnraums gerade als angespannt dargestellt. Daher ist es konsequent, dass weitere Mittel für die Wohnraumförderung zur Verfügung gestellt werden.

Im hier vorliegenden Antrag heißt es:

„Die soziale Wohnraumförderung des Landes Nordrhein-Westfalen muss weiter auf ihre Kernaufgabe, nämlich die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für die Bevölkerungsgruppen, die sich nicht ohne Weiteres mit angemessenem Wohnraum versorgen können, konzentriert werden. Diese Aufgabe ist unter sozialen und stadtentwicklungspolitischen Kriterien in Kooperation mit den Kommunen, den Studentenwerken und den Unternehmen wahrzunehmen. Dabei sind gleichzeitig alle geeigneten Modelle zur Ausweitung des Wohnraumangebotes durch Nutzung des vorhandenen Immobilienbestandes – auch des Landes – zu prüfen, um nachhaltig und flexibel Wohnraum durch Sanierung und Umnutzung für Studierende verfügbar zu machen.“

Das ist ausdrücklich zu unterschreiben und findet die Unterstützung der Piratenfraktion.

(Beifall von den PIRATEN)

Weiter lesen wir dann allerdings im Antrag, dass Stadtteile durch die gezielte Ansiedlung von Studenten in einigen Gebieten aufgewertet werden können und sollen. Das, meine Damen und Herren, ist Gentrification. Die Verwendung von Mitteln der Wohnraumförderung dafür ist zynisch.

(Beifall von den PIRATEN – Jochen Ott [SPD]: Bitte?)

Im Antrag steht weiterhin, man hoffe auf die Mitwirkung der Universitäten und der Immobilienwirtschaft sowie auf kreative Lösungen. Mit anderen Worten: Man hat noch keine klare Vorstellung, wie das Problem eigentlich gelöst werden kann. Da nutzt es auch wenig, auf Best-Practice-Beispiele zu verweisen.

Das Deutsche Studentenwerk hat in seiner 19. Sozialerhebung festgestellt, dass Studierende zu etwa 12 % in Studentenwohnheimen wohnen und dass 67 % in sogenannten normalen Wohnverhältnissen leben. Diese Rahmenbedingungen bedeuten aber auch, dass gerade an den großen Hochschulstandorten wie etwa Köln, Aachen und Münster die sowieso schon angespannte Lage eskalieren wird.

Es fehlt ein Masterplan für den sozialen Wohnungsbau, der den studentischen natürlich beinhaltet. Der Aktionismus ist sicher löblich, und die zusätzlichen Mittel, die nun bereitgestellt werden, helfen auch. Aber es bleibt die Befürchtung, dass das nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein wird.

Eine Aussage finden wir besonders bemerkenswert. Im Antrag und auch in den Presseausführungen der Minister Groschek und Schulze ist zu lesen, es sei zu erwarten, dass die Anzahl der Studierenden nach einem Höhepunkt im Jahr 2013 perspektivisch sinken wird. Ich frage mich: Wer gibt Ihnen die Gewissheit? Rechnen Sie 2014 mit

einer vermehrten Anzahl von Studienabbrechern? Solche Prognosen sind immer sehr fragwürdig. Ich weiß nicht, ob es angebracht ist, sich darauf zu verlassen.

(Ministerin Svenja Schulze: Sie sind irgendwann mit dem Studium fertig!)

– Es werden auch welche fertig, das ist richtig.

Wer sich für die soziale Öffnung von Hochschulen einsetzt, muss auch an die Begleiterscheinungen denken. Das wollen wir konstruktiv tun. Ein Ansatz wäre es, bei den Fördermaßnahmen die 12 % des Studierendenanteils in Wohnheimen zum Richtwert für die Bereitstellung von Wohnheimplätzen der Studentenwerke zu nehmen. Das heißt in Zahlen, bei etwa 630.000 Studierenden in unserem schönen Land insgesamt 75.600 Wohnheimplätze vorzuhalten. Das bedeutet, dass die aktuellen Förderöpfe erhöht werden müssen.

Zusätzlich könnte man – Stichwort NRW.BANK – auch über neue Modelle zur Bereitstellung von Fördergeldern nachdenken.

Wir fordern Sie ausdrücklich auf, schnellstmöglich die Strategie der Entlastung der Wohnraumsituation der Studierenden auch durch Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum umzusetzen. Schuldzuweisungen für die jetzt entstandene Lage – das ist uns Piraten zu müßig. Das wird fast in jedem der Redebeiträge gemacht.

Wir unterstützen Sie bei Ihren Bemühungen in jedem Fall und empfehlen natürlich die Überweisung in den Ausschuss. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Groschek.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Herren und Damen Abgeordnete! Ja, es ist richtig, seit 2009 wurden die Landesregierungen aktiv und haben insgesamt 60 Millionen € für schätzungsweise 1.200 Studentenwohnungen über das Wohnraumfördervermögen investieren lassen. Das ist richtig, das brauchen wir auch gar nicht streitig zu stellen.

Der politische Streit beginnt allerdings in der Tat bei der Frage: Welchen Stellenwert hat die Eigentumsförderung, und welchen Stellenwert hat die soziale Wohnraumförderung? Da sind wir auch als Landesregierung glasklar aufgestellt: Es macht keinen Sinn, bei einem historischen Zinstal Eigentumsmaßnahmen über Gebühr zu fördern. 80 Millionen €, die jetzt, 2013, drin stehen, sind eine ver-

dammt üppige Ausstattung und eine stolze Summe angesichts der realen Zinsbelastungen.

Wen fördern wir eigentlich, der bei den jetzt gültigen Zinskonditionen nicht in der Lage ist, zu bauen? Da gibt es auch eine soziale Verantwortung, um die Menschen vor wackeligen Finanzierungen zu schützen.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Über die Langausstattung können wir noch gesondert reden.

Zweiter Punkt – Multifunktionalität und Umnutzung: Ja, das wollen wir gerade. Das, was wir nicht fördern werden, ist der Neubau von Studentenkasernen. Wir wollen jetzt nicht – husch, husch – mal eben schnell Fertigbauten mit zentralisierten Heimen, langen Fluren, Kemenaten, die dann leer stehen, wenn der Gipfel des Studentenbergs überwunden ist, sondern wir wollen multifunktionale, qualitätsvolle Bauten, die anschließend durch andere Bevölkerungsgruppen genutzt werden können.

(Beifall von den PIRATEN)

Dritter Punkt: Natürlich wird nicht viel in einem Jahr zu errichten sein. Aber wir beginnen jetzt im frühen Frühjahr mit einer stolzen Verdoppelung mindestens der Summe, die für studentisches Wohnen zur Verfügung gestellt wird. Von daher sollten wir uns nicht darüber streiten, was alles in zwölf Monaten zu schaffen ist, sondern wir sollten gemeinsam dafür Sorge tragen, dass wir alle Chancen nutzen, um die Studentinnen und Studenten gescheit unterzubringen. Das finde ich allerdings.

Und wenn Herr Hausmann für die CDU erklärt, hier sei zu wenig geschehen, dann will ich nur an einem Punkt daran erinnern, wie die Verantwortungsübernahme durch Schwarz-Gelb aussah. Sie sah nämlich so aus, dass bei den Studentenwerken 20 % der Mittel gekürzt wurden

(Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

und damit auch 20 % der Möglichkeiten, selbst aktiv und initiativ zu werden.

Herr Ellerbrock, auf die Frage Steuerregelung brauchen wir jetzt hier nicht einzugehen. Das sind Bund-Länder-Fragen, die in Berlin diskutiert werden. Die Länder haben sich zu Recht auch parteiübergreifend so aufgestellt, dass sie sagen: Es ist ein unfaires, vergiftetes Angebot. Alle Potenziale nutzen – da bin ich sofort bei Ihnen.

Was die Energiesanierung angeht, sollten wir uns genau angucken, was wie wirksam ist. Warum sind ganz bestimmte KfW-Programme wirksam? Was ist mit dem aktuellen Entwurf des Energieeinspeisegesetzes der Bundesregierung? Welche Formen werden da privilegiert? Welche werden sanktioniert? Ist das nicht ein Schlag gegen Fernwärme und KWK, was da gerade in Berlin ausgebrütet wird?

Diese Diskussion sollten wir voll umfänglich führen, wenn wir darüber sprechen, wie das Wohnungsbauförderprogramm in Gänze aussieht.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Minister, würden Sie eine Zwischenfrage aus der CDU-Fraktion zulassen?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ja, bitte.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Hausmann.

Wilhelm Hausmann^{*)} (CDU): Herr Minister, woher nehmen Sie die Sicherheit zu sagen, dass nicht auch Eigentumsförderung zum Beispiel für kleine Wohnungen ein sinnvoller Beitrag wäre, den Wohnungsmarkt in solchen Räumen zu entlasten? Gerade kleine Wohnungen, die mit einem erschwinglichen Betrag gekauft und aufgrund des günstigen Zinssatzes schnell abbezahlt werden können, könnten genauso gut einen Beitrag dazu leisten. Warum verpönen Sie so die Eigentumsfrage?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Wir sind nicht ideologisch gegen Eigentumsförderung, da, wo sie Sinn macht. Deshalb haben wir auch einen auskömmlichen Betrag von – sage und schreibe – 80 Millionen € für Eigentumsmaßnahmen vorgesehen. Daneben gibt es noch für Eigentumsmaßnahmen im Bestand gesonderte Förderprogramme. Da, wo es sinnvoll und notwendig ist,

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

werden wir fördern können – und das in großer Gemeinsamkeit, so hoffe ich. Von daher bin ich jedenfalls nicht ideologisch vorgeprägt als Grenzgänger, der Eigentumsbildung im Wohnungsbau grundsätzlich ausschließt. Im Gegenteil: Ich glaube, geläutert durch die Erfahrungen mit Plattenbauweisen in diversen Ländern in Europa, sollten wir alles dafür tun, möglichst vielen Menschen ein möglichst qualitativvolles Wohnen in der Stadt zu ermöglichen und keine Verdrängungsmechanismen in grauen Vorstädten zuzulassen. Das gilt landauf, landab, lieber Herr Hausmann.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Noch einmal zu Herrn Paul. Herr Paul, Sie haben natürlich recht. Wir können stolz darauf sein, dass so viele Studentinnen und Studenten auch von außen zu uns kommen. Wir haben oft über die so genannte Willkommenskultur geredet. Willkommenskultur heißt natürlich, dass man in Menschenwürde möglichst vernünftig zu bezahlbaren Preisen in rela-

tiver Nähe zur Universität untergebracht wird. Da sind wir sehr nahe beieinander.

Deshalb sagen wir: Wir müssen alle Potenziale nutzen und dürfen uns nicht nur darauf beschränken, jetzt neue, quasi quartierartige Wohnverhältnisse zu schaffen. Umnutzungen müssen mobilisiert werden – in großem Maße von mir aus gerne. Und wir müssen natürlich auch Nachbargemeinden, so sie an den ÖPNV angeschlossen sind, in diese Mobilisierungsstrategie einbeziehen.

Ich kann natürlich nachvollziehen, dass ich die Semesterferien möglichst fußläufig erreichen will, weil auch die Alkoholgrenzen beim Fahrrad bald abgesenkt werden. Bei allem Verständnis dafür müssen wir so planen, dass langfristig eine vernünftige Vermarktung des geförderten Wohnungsbaus richtig ist. Deshalb müssen wir die Förderung darauf konzentrieren, wo es wichtig ist.

Sie haben an einem Punkt recht – da bin ich völlig auf Ihrer Seite –: Ich werde nie die Hand reichen zu einer öffentlichen Förderung von Gentrifizierung.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das ist schleichendes Gift. Das ist aber auch in dem Antrag so nicht gemeint. Gemeint kann nur sein, dass man in Regionen, in Stadtteilen, in denen ein Wohnungsüberhang ist, in denen sich auch durch Wegzüge eine bestimmte soziale Schichtung ergibt, auch über studentisches Wohnen wieder eine gesunde, eine sozial ausbalancierte Mischung hinbekommt. Gentrifizierung auf gar keinen Fall! In Berlin haben wir genug Musterbeispiele, wie es nicht gehen darf. Ich finde, an dieser Stelle sollte sich Nordrhein-Westfalen dauerhaft von Berlin unterscheiden.

(Beifall von der SPD - Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Gut, dass wir darüber gesprochen haben! – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Damit sind wir am Schluss der Beratungen. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/1261** an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Ich darf Sie fragen, wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen kann. – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

6 PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1257

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der Piraten dem Kollegen Lamla das Wort.

Lukas Lamla (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Besucher auf den Tribünen und zu Hause! PCB – das sind chemische Verbindungen, die dermaßen gesundheitsschädlich sind, ja sogar hochgradig krebserregend, dass sie im Jahre 2011 durch die Stockholmer Konvention weltweit verboten worden sind.

In einer Veröffentlichung mit dem Titel „PCB in öffentlichen Gebäuden“ des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitssicherheit des Landes Schleswig-Holstein heißt es:

„PCBs wurden in den sechziger und frühen siebziger Jahren in vielfältiger Weise beim Gebäudeumbau, beim Umbau und bei Sanierungen in Fugendichtungsmassen, Brandschutzanstrichen, Deckenplatten sowie in Elektrogeräten (Kondensatoren und Transformatoren) verwendet.“

Schon eine kurze Recherche offenbart: Seit Jahren werden immer wieder Schulen und Kindertagesstätten in NRW saniert und geschlossen, weil nach Untersuchungen zutage kommt, dass diese Gebäude hochgradig PCB-verseucht sind. Ein paar Beispiele: Dülmen, Grevenbroich, Euskirchen, Haan, Dortmund, Wermelskirchen, Bochum, Köln und zu guter Letzt Neuss und heute ganz tagesaktuell Kaarst.

Besonders gravierend: Die PCB-Belastungen wurden in diesen Einrichtungen meist erst dadurch aufgedeckt, weil besorgte Eltern oder Lehrer selbst Geld in die Hand genommen haben, um eine Messung zu veranlassen. Von öffentlicher Hand veranlasste Messungen werden hingegen jahrelang unter Verschluss gehalten. Erst durch massiven Druck von Eltern, Gewerkschaften, Lehrkräften und Medien und im Neusser Fall zu guter Letzt von der SPD-Stadtratsfraktion unter Leitung des Kollegen Breuer – schade, dass er gerade nicht da ist – wurden diese Messergebnisse veröffentlicht. Erst dann werden diese Einrichtungen im gleichen Atemzug geschlossen. Wie war das noch einmal mit dem Grundrecht auf Informationsfreiheit?

Im Neusser Fall erleben wir ein weiteres Phänomen. Obwohl diese Schule vorher ordnungsgemäß saniert worden ist – das heißt, man hat dort die Fugen abgedichtet –, musste diese Schule in diesen